

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Geschäftlich wöchentlich am Samstag.  
Zwangspreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047 a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Sumner  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röntgenstraße 16.  
Fernsprecher: Nr. 8900. — Postfachkonto Stuttgart 6908.

Anzeigengebühr  
für die sechsgespaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Das Dilemma unserer Not

II. Stuttgart, 11. August.

Als Hauptursache unserer Not wurde im ersten Aufsatz die Mischlichkeit genannt, daß Deutschland mehr braucht, als es erzeugt. Damit ist nun freilich noch nicht viel gesagt. Es muß auch dargelegt werden, warum es mehr braucht. Dann, wenn man den Grund kennt, der auf den Weg des Elends, des Bankrotts treibt, wird man untersuchen können, ob es Mittel der Besserung gibt und welche.

Durch den Krieg und seine Niederlage sind Deutschland Verpflichtungen erwachsen, die weit über seine Leistungsfähigkeit hinausgehen. Verpflichtungen, deren Erfüllung ein Gebot der Sittlichkeit ist oder durch den Siegel der Sieger erzwungen wird. Was der Krieg an wirtschaftlichen Werten vernichtet hat, muß wieder erschaffen werden, dann sind die Witwen, Waisen und Kriegsbeschädigten zu unterstützen und besonders sind den Siegern gewaltige Summen zu zahlen. Diese Aufwendungen sind vom deutschen Volksvermögen und vom Ertrag unserer Arbeit zu bestreiten. In den Jahren vor dem Kriege wurde der Jahresertrag der deutschen Arbeit auf 40 bis 45 Milliarden Mark angegeben. Davon haben wir recht und schlecht gelebt, die Steuern bezahlt, die Wareneinfuhr beglichen, den Produktionsapparat instand gehalten und schließlich einige Spargroschen erübrigt. Nun hat aber der Krieg gewaltige Abstriche von unserem Jahresertrag gemacht. Deutschland hat seine Kapitalanlagen im Auslande verloren, wertvolle Ernährungsgebiete eingebüßt, ergiebige Rohstoffquellen sind ihm genommen, seine Schifffahrt und Außenhandel haben die Sieger erbeutet. Aus diesen Besitztümern flossen uns nach den Angaben, die Rathenau in Cannes machte, jährlich Werte in der Höhe von 4,5 bis 4,6 Milliarden Goldmark zu. Um diese Summe hat sich der Jahresertrag unserer Arbeit verringert. Von dem so verminderten Einkommen müssen wir jährlich 2170 Millionen Goldmark bar oder in Waren an die Sieger liefern. In den letzten drei Jahren haben wir, wie kürzlich der britische Schatzkanzler im Unterhaus anführte, 9 Milliarden Goldmark entrichtet, das wären im Jahresdurchschnitt 3 Milliarden. Dazu kommt noch eine ungeschätzte Menge von Diensten und Leistungen an die Besatzungsstruppen und ausländischen Kommissionen, die nicht in feste Zahlen zu fassen sind. Außerdem sind die aus dem Krieg und Frieden entstandenen innerdeutschen Verpflichtungen (Entschädigungen, Unterstützungen, Pensionen) zu erfüllen, die hier mit nur 1 Goldmilliarde im Jahr angefaßt werden sollen. Diese drei Posten machen zusammen 7,6 Milliarden Goldmark aus. Das ist das allermindeste, um was sich der Jahresertrag unserer Arbeit vermindert hat. Wie gesagt, das allermindeste, in Wirklichkeit ist die Einbuße bedeutend höher, sie kommt verschiedenen Berechnungen nach an 10 Milliarden Goldmark heran. Um die Wirkung dieser Verminderung auf die Lebenshaltung der deutschen Volksmasse deutlicher zu machen, sei die Milliardensumme in Arbeitsstunden ausgedrückt. Es sei, wie es Rathenau in Cannes getan, für die Arbeitsstunde eine halbe Goldmark, für den Mann 2400 Stunden im Jahre genommen. Nach dieser Berechnung kostet uns der Krieg alljährlich mindestens 15,2 Milliarden Arbeitsstunden oder die Werte, die 6,3 Millionen Arbeiter erzeugen. Der Jahresertrag der 6,3 Millionen Menschen fehlt am deutschen Tisch, den hat der Rest der Arbeiterschaft zu entbehren oder durch strengeres Schonen aufzubringen. In dieser Fehlmenge drückt sich unsere Knappheit, unsere Not, unsere Verelendung aus. Allerdings nicht in vollem Maße. Denn auch unser Volksvermögen ist durch den Krieg beträchtlich verringert, die Eisenbahnen herabgemischt, der Produktionsapparat verfallend, die menschliche Arbeitskraft erheblich geschwächt worden. Auch die für diese Aufbesserungen notwendigen Milliarden von Arbeitsstunden fehlen bei der Erzeugung von Gebrauchsgütern, stellen eine beträchtliche Verminderung des Jahresertrags der Arbeit, der Volkswirtschaft dar.

Nun müssen aber die durch den Krieg zur Arbeit für die das verurteilten Menschen noch genau so leben, wie wenn sie nützlichere Beschäftigung nachgingen. Es müssen demzufolge noch ebensoviele Gebrauchsgüter erzeugt, noch ebensoviele Lebensmittel und Rohstoffe vom Auslande eingeführt werden, wenn die Volksmasse nicht verkommen soll. Da sich nun die Zahl der unmittelbar nützlich produzierenden Arbeiter um weit über sechs Millionen verringert hat, ist ein Ausfall von Gebrauchsgütern und Erzeugnissen für die Einfuhr entstanden, der nur durch eine entsprechende Steigerung der Produktion ausgeglichen werden kann. Dies ist jedoch nicht versucht worden oder nicht gelungen. Dem Mangel an realen Wertscheinen hat man mit der Notenpresse abgeholfen. Für die Bezahlung der Einfuhr und der Forderungen der Sieger wurden anstatt Gold- oder Sachwerte Markscheine gegeben. Wir führten immer mehr Waren ein als aus, unsere Handelsbilanz wurde immer mehr passiv.

Da dadurch rasch wachsende Haufen Markscheine nötig wurden, sank ihr Wert immer schneller, mußten ihrer immer mehr für einen Dollar hingegeben werden, bis der Wert der Mark auf einen halben Pfennig herunterkam. Mit einem dermaßen entwerteten Gelde ist, wie leicht begreiflich, nur noch in äußerst beschränktem Maße an die Bezahlung von Einfuhrwaren zu denken. Der Mangel in Deutschland, die Verelendung seiner lohnarbeitenden Klassen hielt mit der Markentwertung fast gleichen Schritt und hat einen schlimmen, unheilvolleren Stand erreicht. Und dennoch sind wir, worüber keine Täuschung obwalten sollte, noch nicht am Ende unseres Leidensweges, wenn es nicht gelingt, die Hauptursache des Niederganges zu beseitigen, das heißt mindestens dem Fortschreiten der Markentwertung Einhalt zu gebieten.

Die Markentwertung hat nicht nur die Teuerung in Deutschland einfach unerträglich gemacht, sondern auch eine wilde Jagd nach fremden Geldwerten entfacht und die Reichsregierung in die Unmöglichkeit versetzt, die im August fällige Rate an die Sieger zu entrichten, so daß sie um Zahlungsausschub ersuchen mußte. In diesen Tagen sind die Herren der Siegerstaaten in London beisammen, um über das Gesuch zu befinden, wobei das Problem der Markentwertung eine erhebliche Rolle spielt. Was dabei herauskommen wird, steht noch dahin, vielleicht eine — neue Konferenz. Aber auch selbst wenn die Zahlungen auf ein paar Monate gestundet würden, wäre die deutsche Not kaum um einen Deut geringer, weil nach Ablauf der Frist die Dual von neuem begänne und dann länger dauerte. Etwas mehr Vorteil stellte eine geziemend große Anleihe dar. Gewiß müßte sie früher oder später wieder zurückbezahlt werden, immerhin aber brächte sie eine Atempause, Zeit, womit bekanntlich schon viel gewonnen ist. Mein die Aussichten für eine Anleihe sind sehr gering, nein, es sind gar keine vorhanden. Von so klugen Geschäftsleuten wie es die (amerikanischen) Finanziers sind, annehmen wollen, daß sie Milliarden Gold, die sie über kurz oder lang selbst für sicherere und einträglichere Anlagen bedürfen, einem Kunden von zweifelhafter Zahlungsfähigkeit leihen, damit dieser mit dem Gelde den französischen imperialistischen Wahn stärkt und neuen Krieg ermöglicht, das ist eine Annahme, die von blühender Phantasie zeugt. Überhaupt sollte man bei der Beurteilung der Haltung der weststaatlichen Regierungen in Sachen der Reparationen den stillen Gegensatz zwischen den Siegern, der allerdings allgemach laut und offensichtlich zu werden beginnt, weniger außer acht lassen.

Wie gesagt, ein Zahlungsausschub verspricht keine fühlbare Binderung unserer Not und an eine Anleihe von wirkungsvoller Höhe ist vorderhand nicht zu denken, ganz abgesehen davon, daß auch sie nur ein Palliativ wäre. Eine wirkliche Besserung ist nur von einer Herabsetzung der Reparationssumme zu erwarten, die aber bedeutend tiefer herabgehen müßte, als in Londoner Zeitungen vorgeschlagen wird, sollen nicht bald wieder Zahlungsunmöglichkeiten eintreten. Diese Herabsetzung liegt keineswegs nur in deutschem Interesse. Denn die Zahlungen müssen künftig noch mehr, wenn nicht fast ausschließlich in Waren geleistet werden, für eine jahrzehntelange Zufuhr von deutschen Waren in Milliardenhöhe dürfte der Markt der Sieger nicht aufnahmefähig sein, zumal er ja heute schon durch Errichtung von Drahtverhauen auf den Zollmauern geschützt wird. Andererseits dürfte es dem schrecklich ausgepreßten, halb leer gekauften Deutschland, dessen Arbeiter voll auf der Hungergrenze lebt, überaus große Mühe kosten, eine selbst weit herabgesetzte Reparationssumme aufzubringen. Auch wenn der Aderlaß durch die Sieger ganz aufhört, hätte es noch schwer zu ringen, um wieder etwas emporzukommen, um wieder soviel zu erzeugen, wie es zum menschlichen Leben braucht. Woran aber nicht zu denken ist, solange es ständig von außen her mit dem Säbel bedröht und schamlos ausgepreßt wird.

Beträchtliche Milderung der Reparationspflichten mit ihrem störenden Drum und Dran ist die oberste Vorbedingung der Milderung unserer Not. Ihre Erfüllung kann ohne nachdrückliches Handeln der sozialistischen Internationale nicht geschehen. Bei dieser ist der Sabel anzusetzen. Und hier könnte und müßte noch manches geschehen. Das Auftreten der sozialistischen Fraktionen in den weststaatlichen Parlamenten läßt, so dünn es einem von ferne, den Nachdruck gegen den Siegerwahn oft vermissen. Neben dieser obersten Vorbedingung gibt es noch einige andere, nicht viel weniger wichtige zu erfüllen, was innerhalb Deutschlands geschehen kann und muß. Dessen organisierte Arbeiterschaft hat den Hauptteil an der Beseitigung unserer Not zu leisten. Sie wirkt da in ihrer ureigensten Sache. Darüber das nächste Mal.

### Gewerkschaften und proletarische Einigung

G. S. M. Kein Mitglied der Gewerkschaften, das aktiv teilgenommen hat an den Leiden und Freuden seiner Organisation und mitgewirkt hat an den Kämpfen und Siegen des letzten Jahrzehnts in der Arbeiterbewegung, wird sich darüber im Zweifel sein, daß die Zerklüftung der politischen Bewegung des Proletariats der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit oftmals tiefe Wunden geschlagen hat. Jetzt endlich nun, nach mehr als fünf Jahren härtestem Bruderkrieg, vermögen wir die ersten Hoffungszeichen einer sich entwickelnden Einigung der beiden sozialistischen Parteien wahrzunehmen. Zwar lange schon hat man hüben und drüben die Notwendigkeit der Einigung eingesehen und auch betont, sobald aber die Frage der praktischen Ausanwendung aufgeworfen wurde, dann — ja dann zuckte man eben beiderseits die Schultern und sprach höchstens davon, daß sich die Einigungsfrage erst ausreife müsse, ehe sie greifbare Erfolge zeitigen könne. Der Weg schien unendlich weit, bis dann in jenen Junitagen der Nord an Rathenau vollbracht wurde, der jeden einzelnen unter uns erkennen ließ, daß es so nicht weitergehen konnte. Der Nord an dem Außenminister Rathenau war das Ereignis, das die Entwicklung beschleunigte und uns in nicht allzuferner Zeit mehr die reife Frucht der Einigung pflücken lassen wird. Hoffentlich Tausende und Abertausende von ehrlichen Arbeitern reichen sich dann wieder die Hände zu gemeinsamer Arbeit in der Organisation und im Interesse des Gesamtproletariats.

Daß es dazu kommen wird, ist nicht zuletzt ein Verdienst der deutschen Gewerkschaften, die in stürmischer Brandung das Schiff der Organisation flott hielten und so dafür sorgten, daß nicht auch auf wirtschaftlichem Gebiet die geschlossene Kraft der Arbeitermassen in die Brüche ging. Gewiß, die Arbeit war schwer — doch wer will jetzt, wo es heißt Größeres zu erringen, sich noch mit der Vergangenheit beschäftigen? Jetzt heißt es vorwärtsschreiten im Bauen der großen geeinten Partei, nach der wir uns so lange gesehnt haben.

Das soll und kann natürlich nicht bedeuten, daß nun alles, was wir im Bruderkampfe erlebt haben, einfach mit dem Mantel der Nächstenliebe zugedeckt und der Vergangenheit übergeben wird, als wäre es nie geschehen. Würden wir so handeln, dann schädeten wir uns nur selbst, und die neue Parteiorganisation glähe einer Seifenblase, die nur allzuleicht platzen könnte. Erkennen wir deshalb ruhig an: Jede der beiden Parteien, ob U. S. P. oder S. P. D., hatte ihr Eigenleben, ihre besondere Theorie und Praxis; ihre Mitglieder lebten und lebten noch in einer geistigen Einstellung, die — in den Extremen bemerkt — nur schwer miteinander zu vereinbaren sein wird. Das sind Tatsachen, die nicht wegzuleugnen sind und die wir in Kauf nehmen müssen, wenn das große Werk der Einigung nicht auf den St. Nimmerleinstag verschoben werden soll. Davon sind zweifellos auch die Zentralstellen der beiden Parteien durchdrungen gewesen, als sie in einer gemeinsam vereinbarten Kundgebung ihren Mitgliedern die Anweisung gaben, daß „in der Presse, in Versammlungen und in öffentlichen Vertretungskörperlichkeiten alles zu vermeiden ist, was der Einigung Hindernisse bereiten könnte“. Weiter verständigten sich die Zentralstellen über die Notwendigkeit, „vor den beiderseitigen Parteitagern weitere Beratungen über die programmatische und organisatorischen Fragen stattdessen zu lassen, um die Parteitage in die Lage zu versetzen, zur Einigungsfrage positive Stellung zu nehmen“. Wenn also in der zweiten Septemberhälfte der S. P. D. Parteitag in Augsburg und in der ersten Oktoberwoche der U. S. P. D. Parteitag in Gera zusammentritt, dann soll die gegenseitige Verständigung soweit gediehen sein, daß ihre Befriedigung durch die Delegierten der Organisationen erfolgen kann.

Kann! — Was aber dann, wenn es nicht geschieht? Hier drängt sich den Gewerkschaften eine Arbeit auf, die schon vorher in Angriff genommen werden muß, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, daß ihre Hoffnungen zu Wasser gehen. Die Gewerkschaften sind an der Einheit der politischen Bewegung ebenso interessiert, wie an der Erhaltung ihrer eigenen Schlagkraft, umso mehr, als es wirtschafts- und finanzpolitische Fragen sind, die auf genaue Zeit den Inhalt der politischen Auseinandersetzungen in Deutschland bestimmen werden.

Gar oft schon haben die sozialistischen Parteien mit den Gewerkschaften gemeinsame Forderungen beraten und auch vertreten. Jetzt sollen nun die beiden Parteien ein gemeinsames politisches Programm ausarbeiten. Die Gewerkschaften sind nicht offiziell dabei. Trotzdem haben sie darauf zu achten, daß nicht starre Rechtshaberei und Dogmengläubigkeit, sondern der Wille zur Verständigung und loyalen Verstehen auf beiden Seiten die Leitsterne bei den Beratungen bilden. Weder das Leipziger Aktionsprogramm der U. S. P. D., noch das Görlitzer Programm der S. P. D. werden eine Grundlage für die Parteienverschmelzung abgeben können. Hat man das erkannt, wird man sich auch der Überzeugung nicht verschließen können, daß es bei der gegensätzlichen geistigen Einstellung der Parteien in vielen Fragen der Theorie und Praxis des Sozialismus überhaupt unmöglich sein wird, schon jetzt bei der Vollziehung der Einigung ein Programm auszuarbeiten, das auf Jahre hinaus genügt. Nur das darf programmatisch erfaßt werden, worüber schon jetzt keine Meinungsverschiedenheiten mehr bestehen. Der Entwicklung und gegenseitigen Annäherung der jetzt getrennten Richtungen muß es dann überlassen werden, etwas Vollkommenes und Ausreichendes zu schaffen. Bis dahin haben die leitenden Gedanken des alten Erfurter Programms die Grundlage der gemeinsamen Arbeit zu bilden, soweit nicht neue bessere Erkenntnisse Gemeingut des sozialistischen Proletariats geworden sind.

Daß bei solcher Art der Verständigung über grundsätzliche Fragen die Einigung nicht ein allgemeiner Wille wird, der die Gesamtbewegung vertritt und die Werbestärke hemmen läßt, ist nicht zu befürchten. Und übrigens wird das eiserne Maß der Geschäfte schon dort seine bessernde Hand anlegen, wo wirklich Fehler gemacht werden.

Wie gesagt, die Gewerkschaften dürften kaum zu den Einigungs- verhandlungen zugezogen werden. — Das könnte von dieser seer- jener Richtung als Beeinträchtigung ihrer Selbständigkeit ausgelegt werden — wenn aber die Gewerkschaften im verständigen, vermittelnden Sinne auf ihre Mitglieder einwirken, dann kann das auch nicht auf die Parteien, mit denen die Gewerkschaften nicht nur ideell, sondern auch durch Personalunion verbunden sind, ohne Wirkung bleiben. Tun sie das, dann werden sie sich in der Geschichte ein Denkmal setzen, das unauslöschlich sein wird. Darüber hinaus wird die deutsche Arbeiterbewegung zu neuem Aufstieg gelangen, der auch den Gewerkschaften zu jener Stärke verhelfen wird, die unüberwindlich ist. Vor Monaten noch hatte eine bürgerliche Gesetzgebung, als Vertretung von Unternehmern und Kapitalinteressen, die zehn Forderungen des A.D.G.B. auf Erfassung der Sachwerte, wie überhaupt die Forderungen nach freierlicher Gerechtigkeit beiseite schieben können. Der Streit im proletarischen Lager hat die Reaktion erstarrt lassen und dem profitlustigsten Arbeitgebertum erlaubt, in geradezu aufreizender Weise den Arbeitern ihre Machtmittel fähig zu lassen. Die Gewerkschaften sind durch die fortschreitende Geld- entwertung zu reinen Lohnaufbesserungsmaschinen herab- gesunken, die beim besten Willen nicht wettmachen können, was die katastrophalen Preissteigerungen an Geld verzurachen. Wir werden erst dann Aussicht haben, diesem Teufelspiel ein Ende zu bereiten, wenn die Geschlossenheit der Arbeiterbataillone erreicht ist und sie erfüllt werden mit jenem Geiste, der notwendig ist, um Großes zu vollbringen.

Also, Gewerkschafter, tut eure Pflicht, wirkt mit an dem Neuaufbau der Arbeiterbewegung, schult die Massen und erzieht sie, damit die kommende große Zeit kein kleines Geschlecht vorfindet.

### Lehrlingsfrage und Betriebsräte

Von H. Friedel

Nach dem Betriebsrätegesetz sind dem Arbeiter- und Angestellten- räten insbesondere für die Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge Rechte und Pflichten gegeben. § 78 des BRG sieht ganz klar die Wir- kung des Betriebsrates vor.

Der Zweck dieser Forderungen soll aber weniger sein, das rein Recht- liche in der Lehrlingsfrage zu behandeln, sondern mehr die volks- wirtschaftliche und soziale Bedeutung der beruflichen Erziehung unseres Nachwuchses hervorzuheben. Es dürfte wohl jedem Praktiker heute bekannt sein, daß die Lehrlingsverhältnisse sich in wenigen Jahrzehnten ungeheuer verschoben haben. War früher die Meisterlehre entscheidend für die Lehrlingsausbildung, so hat sich das jetzt in vielen Berufen geändert. Für die Metallbranche zum Beispiel ist die Meisterlehre geradezu unwiderruflich geworden. Die Behandlung der Handwerksmeister, das Handwerk und die Lehrlinge für die Industrie auszubilden, ist längst nicht mehr zureichend. Und wenn auf dem vor kurzem statt- gefandenen nordwestdeutschen Handwerkertag in Hildesheim der Ruf erklang: „Ganze weg von der Meisterlehre!“, so weiß man, daß damit nur auf den Gesetzgeber eingewirkt werden soll. Wenn dann weiter auf dem Handwerkertag besonders betont wurde, die Meister- lehre sei eine ethische und nationalökonomische Sache und der Tarif- verträgegebende sei überdies und unangeht das qualitative Schaffen, so muß dem schon entgegengetreten werden. Es ist ein hartes Stück, von qualitativem Schaffen sowie von einer ethischen und nationalökonomischen Sache zu sprechen, wenn der Betrieb auf Lehrlingsmaterie eingewirkt ist. Der Tarif- verträgegebende der Gewerkschaften, auf das Lehrlingswesen an- gewendet, trägt zur wirtschaftlichen Entwicklung und den Lebensverhältnissen Rechnung.

Bei der heutigen Verdrängung der Wirtschaftsordnung kann schon aus rein volkswirtschaftlichen Gründen die Regelung des Lehrlings- wesens nicht mehr allein der unmittelbaren Beteiligten überlassen werden. Es handelt sich ja nicht nur um die Entschädigung der Lehrlinge, sondern um die Lehrlingsfrage überhaupt. Sie ist heute eine Sache der beteiligten Verbände der Arbeitgeber und Arbeiter- nehmer in Verbindung mit benachbarten juristischen oder kommunalen Stellen geworden. Der Lehrlingszweiger wird allerdings ganz von selbst etwas gestärkt, weil viele Handwerksmeister infolge der schlechten Vergütung, die sie den Lehrlingen zahlen, nur wenige bekommen.

Alle diese Fragen müssen mehr wie bisher von dazu bestimmten Stellen erörtert werden. Es muß auch erwartet werden, daß das an- gekündigte Gesetz über die Neuordnung des Lehrlingsrechts das bringt, was billigerweise erwartet werden kann. Aber höchste Zeit ist es, daß auf diesem Gebiet man endlich einmal ein Schritt vorwärts getan wird.

Nach dem, was vor kurzem Staatsrat Dr. Hirsch vom Reichsarbeitsministerium im Reichstage erklärte, ist das Gesetz als Nachbesserung gedacht. Es soll das ganze Lehrlingswesen im Handwerk, Industrie, Handel und Landwirtschaft regeln. Auch der jugend- lichen Arbeiter soll leichter ermöglicht werden, eine berufliche Ausbildung zu erhalten. Gebadet ist weiter nach der Regierungs- erklärung, daß die beteiligten Verbände durch allgemeine Vor- schriften im Rahmen des Gesetzes das Rechtsverhältnis erzeugen. Das heißt wohl, daß Berufskammern mit einer bestimmten Selbständigkeit für ein Lehrlingsrecht geschaffen werden sollen. Als reines Arbeitsverhältnis wird das Lehrverhältnis nicht betrachtet, weil neben technischer Unterweisung auch mensch- liches Verständnis und erzieherischer Einfluß vor-

wichtig sei. Mit Schule und Berufsausbildung soll eng zusammen- gehandelt werden. Verschiedene Bestimmungen der Gewerbeordnung, vor allem das Büchergesetz, sollen beseitigt werden.

Es ist nun abzuwarten, was das Gesetz bringt. Nach seinem In- halt wird sich aber auch bei der Lehrlingsfrage der ständige Mangel einer Interessenerklärung der Arbeiterkassen, wie sie die Ge- werkschaften in den Handwerkskammern, Handwerksvereinen und Land- wirtschaftskammern haben, bemerkbar machen. Wir haben jetzt weder Arbeiterkammern, noch Aussicht, in nächster Zeit Wirtschaftskassen zu bekommen. Aus diesem Grunde ist es eine außerordentlich wichtige Auf- gabe für die Betriebsräte, daß sie sich mehr um die Lehrlings- frage schon vor der kommenden Neuordnung des Lehrlingsrechts kümmern. Vor allem müssen in den einzelnen Betrieben die Vor- bedingungen geprüft werden, ob der Lehrling etwas lernen kann und ob geeignetes Ausbildungspersonal vorhanden ist. Gegenwärtig werden in der Regel einfach Lehrlinge eingestellt, von mehr oder weniger Zu- fälligkeiten abhängig. Planmäßige Unterweisung und Beaufsichtigung, die Erziehung sein soll, ist gewöhnlich nicht vorhanden. In den Groß- betrieben ist auch die Schaffung von Lehrwerkstätten in jeder Weise zu fördern.

Sofortige solche aber nicht vorhanden sind, muß von den Betriebs- räten fortlaufend, mindestens aber bei der Neueinstellung von Lehr- lingen geprüft werden, ob geeignete Lehrlingsausbildung vorhanden ist und die Betriebsverhältnisse, Arbeitsverhältnisse usw. die Voraussetzungen für eine gute Berufsausbildung bieten. In solchen Betrieben, wo zum Beispiel Maschinenartikel hergestellt und meist nur jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, soll den jungen Menschen ebenfalls eine gewisse Grundlage für die Erlernung oder Anlernung eines Berufes, den er vielleicht später einmal erlernt, ermöglicht werden. In der Metallverarbeitung ist das sehr gut möglich.

Der Ausbau der Fortbildungsschule zur Berufsschule wird hier auch ergänzend wirken können. Ziel muß vor allem sein, jedem Menschen eine berufliche Ausbildung zuteil werden zu lassen, zumindeste ihm Kenntnisse und Fertigkeiten beizubringen, die ein Weiterlernen und Weiterausbilden leichter möglich machen. Der Lehrplan der Berufsschulen soll eine gewisse Angleichung an den der Real- und anderer Mittelschulen, die Kenntnisse für das praktische Leben vermitteln, erfahren.

Eine weitere sehr wichtige Frage ist die der Berufsausbildung und Lehrstellenvermittlung. In den meisten größeren Städten sind bereits solche Stellen errichtet oder im Werden. Die Ar- beiterkassen hat an diesen Einrichtungen und deren Ausbau das aller- größte Interesse. Für sie ist es ja nicht nur die volkswirtschaftliche Be- deutung allein, sondern das Wohl und die Zukunft der eigenen Kinder hängt daran. Jeder wird all den Fragen von den Betriebsräten noch nicht die Aufmerksamkeit zugewendet, die ihnen gebührt.

In den nächsten Monaten beginnt wieder das Suchen nach Lehr- stellen für Juni 1923, zum Teil ist es schon geschehen. Heute herrscht noch eine völlige Planlosigkeit und Unübersicht- lichkeit bei der Besetzung der Lehrstellen. Schon die Vorarbeit in den Volkshochschulen läßt viel zu wünschen übrig. Von den Eltern wird eben- falls immer gehandelt, wenn auch meist aus der Not heraus.

Hier müssen die Betriebsräte mit einsehen. Arbeiter- und Angestelltenräte sollen an die Betriebsleitungen herantreten und mit diesen die Lehrlingsangelegenheiten und die Ausbildungserörter. Unter keinen Umständen darf geduldet werden, daß ein Vater oder irgendein Verwandter seiner Jungen so unter der Hand durch Verabredung mit einem Abteilungsleiter in den Betrieb bringt. In sich ist dagegen selbstverständlich nichts einzuwenden. Die Einstellung darf aber nur wie bei allen anderen Lehrlingen durch die öffentliche Stellenver- mittlung erfolgen. Auf diese Weise bekommen wir nach und nach ge- ordnete Lehrverhältnisse in den Betrieben und gleichzeitig ist ein jählicher Überfluß darüber, ob Mangel oder Überfluß an Lehrlingen für bestimmte Berufe auf dem Arbeitsmarkt vorhanden ist, möglich. Es ist deshalb notwendig, daß sich die Betriebsräte schon mit Rück- sicht auf die kommende Neuordnung des Lehrlingswesens nächstens mit dieser Sache befassen.

Eine weitere wichtige Frage ist die Stellung des Lehrlings und jugendlichen Arbeiters im Betrieb. Die wirtschaftliche Entwicklung und der kulturelle Aufstieg des Volkes hat erwachsenen Arbeiter und Lehr- lingen einander näher gebracht. Und seit Jahren wird es auch dem jüngsten Lehrling möglich gemacht, sich seiner gewerkschaft- lichen Organisation anzuschließen. Das Solidaritäts- gefühl muß so früh wie möglich hinein in die jungen Herzen und sehr bald sind auch die Ämter mit Ehrenämtern zu erfüllen. Die Jungen und Mädchen sollen nach Weichen der Betriebe sofort erfahren, daß es heilige Pflicht besonders der Jugend ist, die Organisation immer jetzt zu machen und zu einer großen Gemeinschaft auszubauen.

### Serienablösung durch Geld

Eine große Ertragssteigerung ist es ohne Zweifel, daß es den Ge- werkschaften gelungen ist, die Gewährung von Ferien tariflich fest- zulegen. Aber den Wert der letzteren braucht man kein Wort zu ver- lieren, denn die Arbeiter und die Angehörigen haben eine Erholung nötiger als Leute, die vermöge ihrer gestillten Bedürfnisse sich den Luxus gestatten können, in die Wälder zu reisen.

Wenn es nun gelungen ist, für den größten Teil der Arbeitnehmer Ferien zu erreichen, die selbstverständlich zur Pflege der Gesundheit auch in Anspruch genommen werden müssen, so sind Fälle zu verzeichnen, in denen Arbeitgeber an Arbeiter das Ansuchen gestellt haben, die Ferienzeit durch Geld abzulösen zu lassen, und zwar wurde ein Schritt dazu gemacht, weil in neueren Gesamtarbeitsverträge für die Papiererzeugungsindustrie diesmal die Bestimmung weggefallen war, daß eine Ablösung der Ferientage durch Geld- entbindung nicht gestattet ist. Die Verhandlungskommission war der Auffassung, daß diese Bestimmung in den Arbeitsvertrag nicht mehr aufgenommen zu werden braucht, da eine Selbstablösung von den Gesamtarbeitern nicht anerkannt wurde.

Infolge des Fehlens der Bestimmung glaubt nun ein Teil der Unternehmern in gewissen Industrie, den Arbeitern eine Selbstablösung für die zu beanspruchenden Ferien anbieten zu können. Durch die

drückende Not der Zeit kommt auch mancher Arbeiter in die Versuchung, Geld anzunehmen und seine Ferien dadurch ablösen zu lassen, ja, es sollen nach Meinung des Geschäftsführers des Arbeitgeberverbandes für die Papiererzeugungsindustrie Arbeiter selbst das Wesentliche gestellt haben, anstatt Ferien Geld zu erhalten. Es ist wohl selbst- verständlich, daß die Gewerkschaften mit einer solchen Ablösung der Ferientage durch Geld nicht einverstanden sind, denn dadurch würde der eigentliche Zweck der Ferien vereitelt. Die zuständigen Arbeiter- organisation, der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, hat denn auch beim Arbeitgeberverband der Papiererzeugungsindustrie gegen eine solche Ferienablösung Einspruch erhoben.

Das Vorgehen der Papiererzeugungsindustrianten hat auch bei den Unternehmern der Gummi- und Chrompapierindustrie Schule gemacht. Eine Firma in Neuminster hat in ihrem Betrieb folgende Bekannt- machung ausgehängt:

Wir machen die Belegschaft darauf aufmerksam, daß aus dem Gesamtarbeitsvertrag vom 27. April 1922 diesmal die Bestim- mung, durch die eine Urlaubsablösung durch Lohnzahlung für un- statthaft erklärt wird, weggeblieben ist. Wir unsererseits erklären uns bereit, den Arbeitern, die auf ihren Urlaub verzichten, den ihnen für den Urlaub zustehenden Lohn extra auszuzahlen.

Neuminster, den 28. Juni 1922. Unterschrift:  
Der Betriebsrat ist wegen dieses Antrages bei der Firma vor- stellig geworden und hat die Auffassung vertreten, daß hier eine Ver- leugung des Gesamtarbeitsvertrages vorliegt. Die Betriebsleitung erklärt jedoch, die Firma habe eine entsprechende Anweisung vom Arbeitgeberverband erhalten und müsse sich streng danach richten.

Nach Kenntnis von diesem Vorgehen wandte sich der Verband der Fabrikarbeiter an den Verein Deutscher Chromo- und Gummi- papierfabrikanten, worauf vom Vorsitzenden genannten Vereins ein Bescheid einging, worin der Verein bestrittet, eine Anweisung, die Ferien durch Geld ablösen zu lassen, gegeben zu haben. Im Gegenteil (siehe der Vor- sitzende auf dem Standpunkt, daß dem Arbeiter ein Urlaub gehört und von der Ermächtigung der Ablösung nur bei äußert zwingenden Gründen und ganz besonderen Lager Gebrauch gemacht werden solle).

Es muß für alle Arbeitnehmer eine gewerkschaftliche Pflicht sein, die ihnen zustehenden Ferientage nicht durch Geld abzulösen zu lassen, auch schon deshalb nicht, um nicht den Weg für eine Entwert- ung der Ferien in Zukunft zu verbauen.

### Jagd nach Ware

Je mehr die Marktentwertung sich im Tempo des Verfalls der österreichischen Krone vollzieht, um so mehr häufen sich auch bei uns Vorgänge, wie wir sie schon seit Monaten aus den Berichten der Wiener Presse kennen. Dort geht regelmäßig mit jedem neuen Kronen- kurs ein allgemeiner Sturm des Publikums auf die Warenhäuser ein. Jeder sucht, noch soviel Ware als irgend möglich zu „alten“ Preisen zu ergattern. Ähnliches vollzieht sich in diesen Tagen auch bei uns. Allerdings scheint hier die Jagd nach Waren im Großhandel früher und heimischer einzusetzen als im Detailvertrieb. So wird vom Hamburger Kaffeemarkt berichtet, daß in den letzten Tagen sehr große Mengen bezogen und sofort greifbarer Ware aufgetauft wurden. Infolgedessen sind die verfügbaren Bestände auf ein Mindestmaß zurückgegangen. Ähnliche Vor- gänge zeigen sich auch am Kakao-, Reis- und Produktmarkt. Für später lieferbare Waren besteht fast gar kein Interesse. Die gleiche Tendenz beobachtet man auch bei dem Aufkäufen, die von einer deutschen Fabrik zur anderen reifen, um alle nur greifbaren Erzeug- nisse zu erwerben. Es handelt sich hierbei nicht nur um inländische, sondern vielfach auch um ausländische Interessenten, die den gün- stigen Stand ihrer Warenausnutzung wollen, weil sie fürchten, daß die Markt über Nacht sich wieder heben könne. Die Folgen dieses heimischen Aufkaufs werden sich sehr bald unangenehm bemerkbar machen. Es ist zu berücksichtigen, daß infolge der starken Preis- schwankungen der deutsche Einfuhrhandel in den letzten Wochen sehr nachgelassen hat, so daß sehr bald eine scharfe Knappheit an allen Einfuhrwaren zu erwarten ist. Die so alten Vorräte eingeführter Produkte sind vergriffen und der deutsche Konsum wird seinen Bedarf nur mit teuren und mit höheren Zöllen belasteten Waren decken können.

### Sperre über Düsseldorf

Die Arbeitgebervereinigung von Düsseldorf hat in einer geraburg aufreizenden Art und Weise über ihre Betriebe die Sperre verhängt. Auf Grund dieser Sperre bekommt kein Arbeiter, der bei einer Verbandsfirma aufhört, Arbeit bei einer anderen Ver- bandsfirma. Der Grund dieser Maßnahme soll nach der Erklärung der Arbeitgebervereinigung darin liegen, daß die Arbeiter des Offens versucht haben, ihre Verdiensthöhe durch Erhöhung der Arbeitslohn- wagen nach dem Tarifvertrag zu erhöhen.

Bei diesen Versuchen ist es dann in verschiedenen Betrieben zur Arbeitsniederlegung gekommen. Die Arbeiter haben sich also durchaus auf dem gesetzlichen und tariflichen Boden bewegt. Die Schuld an diesem Vorgehen der Arbeiter trägt die Arbeitgebervereinigung selbst, indem sie bei den einzelnen Lohnverhandlungen den verhandelnden Arbeitnehmern nicht die Wahrheit gesagt, sondern erklärt hat, sie könne die Forderungen der Gewerkschaften nicht bewil- ligen, dann aber nach den einzelnen Abschlüssen die Worte um ein wesentliches aufgebessert hat. Einzelne Arbeitgeber sind dann sogar noch dazu übergegangen, die Schuld an den niedrigen Verdiensthöhen den Gewerkschaften zuzuschreiben. Bessere Verdiensthöhe nicht zahlen zu können, ist also Fiktion gewesen. Die Folgen dieses Verhaltens der Arbeitgebervereinigung werden ihr nun unangenehm insofern offen- bar sein, als die Sperre verhängt, um die Arbeiterkassen in der Gürtel- und Metallindustrie zur Eindeutigkeit zu bringen.

An der Arbeiterkassen muß es nun liegen, diesen Schlag der Arbeitgeber zu parieren, indem sie überfordern solange bis zum äußersten vermieden werden, solange die Sperre besteht. — Des weitern muß der Zugang von Metallarbeitern aller Berufe streng ferngehalten werden. Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Staub als Krankheitsursache

Von Dr. G. Wolff

Im Hause und in der Werkstatt, in der Wohnung und auf der Straße kann leicht unruhig „Staub aufgewirbelt“ werden. Schon diese Nebenart bringt es zum Ausdruck, daß der Staub überall als eine unangenehme Begleiterscheinung unseres Lebens anzusehen wird. Das „Staubwischen“ ist daher mit Recht von jeher eine wichtige Aufgabe der Hausfrau gewesen, nicht immer in gleichem Maße besteht bei uns in verschiedenen Ländern. Die Arbeit ist damit verbunden, die nicht immer von jedermann geschätzt erkannt und gewürdigt wird. Aber nicht nur wegen der Gesundheit- oder Hygienischen Bedenken dient diese Arbeit, sondern in hohen Maße auch hygienischen Gesundheits- zwecken. Darüber noch ein paar Worte.

Der Staub, der täglich aufgewirbelt und eingeatmet wird, kann, wenn er sich in unzureichender Menge im Raum, wenn die Einströmung sehr lange anhält, oder gar zu einem geschlossenen Raum wird, sehr schädlich sein. Der Staub besteht aus allen feinen Partikeln, die sich im Raum befinden, und die durch die Luftbewegung in Bewegung gesetzt sind. Der Staub ist ein wichtiger Teil des menschlichen Gesundheitswesens, weil er in hohen Maße auch hygienischen Gesundheits- zwecken. Darüber noch ein paar Worte.

Schlechte Staubabwehrer, wie Glas- und Steinwerkzeuge, Holz- erben, Papierarbeiten, Metallteile, Schweißarbeiten, Bekleidungs- stoffe und auch die meisten aus der Erzeugung des Staubes hervorgehenden Nebenprodukte sind in hohen Maße auch hygienischen Gesundheits- zwecken. Darüber noch ein paar Worte.

breiten Tuberkuloseherden. Daran sind alle Berufe, in denen die Staubarbeit eine große Rolle spielt, stets auch der Tuberkuloseinfektion besonders ausgesetzt, wie etwa Hammer- und Hieglarbeiter, Metall- arbeiter, Bergwerksarbeiter und viele andere. Das Kapitel der Staub- krankheiten ist daher ohne Beziehung zur Tuberkulose, jener verbreitet- testen Gewerbe- und Infektionskrankheit, nicht abzuhandeln. Daran geht die ungeheure Wichtigkeit der Staubabwehrung in den Betrieben hervor.

Die Entfernung des Staubes mit damit seine schädigende Wir- kung kann in vielen Fällen allein schon durch Feuchtmittel ver- mieden oder wenigstens verringert werden, durch nasse Bearbeitung der feuerabwärtigen Materialien, ferner durch frische Befestigung des in den Arbeitstätten bereits gebildeten Staubes. Vor dem Leiden mit verbundenen, oft nur auf Vermeidbarkeit beruhenden trockenen Aufhängen, Abhängen und Abhängen, das den Staub ja nicht beseitigt, sondern nur von einer Ecke in die andere jagt, wo er im Raum gerade nicht zum Vorschein kommt, muß besonders geachtet werden. Eine wirklich zweckmäßige und wirksame Befestigung des Staubes kann nur durch Abhängung an der Entlastungshöhe selbst erfolgen; zu diesem Zweck sind eine Reihe sinnreicher Einrich- tungen erfunden, die in den verschiedenen Staubbetrieben mit gutem Erfolg benutzt werden. Natürlich sind diejenigen, die in den Staub- betrieben selbst tätig sein müssen, nicht vollständig vor der Einatmung des Staubes zu schützen. Hier hilft nur ein sorgfältiges Respira- tor, die das Mund und Nase schützt und die Einatmung des Staubes filtern sollen. Je einfacher derartige Vorrichtungen sind, desto trager je mehr mit Unbequemlichkeiten verbunden ist, desto besser sind sie; denn wenn diese Geräte nicht, weil sie zu schwer sind, benutzt werden, solange einer gewissen Zweckmäßigkeit, die sich abmildern aller- dings, die längere Zeit in Staub- oder sogar in Giftbetrieben tätig sind.

Die Natur des Staubes ist ungeeignet verschieden, je nachdem er aus organischen Materialien (Holz, Papier, Wolle, Seide, Mehl, etc.) oder aus anorganischen Materialien (Glas, Zinn, Eisen, Stahl, etc.) besteht.

rialier (Holz, Kohle, Haare, Seide, Leder, Wolle, Mehl usw.) ent- stammt. Aber die Staubwirkungen liegen zahlreiche Untersuchungen vor. Für seine schädliche Wirkung auf die Einatemungsorgane, be- sonders die Lunge, und auf den ganzen Organismus sind verschiedene Ursachen maßgebend, je nachdem es sich um ungiftigen, nur mecha- nisch reizenden, um giftigen oder um anfeuchtenden Staub handelt. Über die letzteren beiden Punkte kann nur im Zusammenhang mit der beruflichen Gefährdung durch chemische Gifte und durch parasitäre Einflüsse gesprochen werden. Über auch die rein mechanische Wir- kung der Staubeinatmung ist dadurch von größter Bedeutung, daß sie durch fortgesetzte Verletzung des Lungengewebes, durch Reizung der feinen Gefäßzellen zu katarrhalischen Prozessen der Luftröhre, der Bronchien und der Lungen führt und damit der mit Recht so gefürchteten Tuberkulose eine Voraussetzung schafft, indem den Tu- berkulosezellen ihre Ansiedelung und Vermehrung im Körper erleichtert wird.

Untersuchungen lehnen, daß die Krankheit besonders häufig bei jenen Berufsleuten ist, die dauernd unter Staubeinwirkung zu leiden haben. Bei der Art der Tuberkuloseentstehung und -über- tragung durch feinste bacillenhaltige Tröpfchen ist es kein Wunder, daß diejenigen der Gefahr der Tuberkuloseinfektion am meisten aus- gesetzt sind, deren Lungen schon vorher durch die Staubeinwirkung chemisch oder mechanisch gereizt sind. Hier finden, wie schon vorher bei der Staubeinwirkung kurz angedeutet, die Tuberkulosezellen ein vor- bereitetes Feld. Der bekannte Gewerbehygieniker Dr. B. Lehmann äußert sich zu diesem Punkt folgendermaßen: Tuberkulose ist in diesen fast geschädigten, schlecht durchbluteten Lungen sehr verbreitet. Am häufigsten bei Sandsteinarbeitern, dann folgt Granit, dann Marmor. Am gefährlichsten sind die Hüttenarbeiter, Metall- und Glasschleifer be- sonders zahlreich an Tuberkulose. Natürlich schädigt auch Metallstaub und Staub, der aus organischen Produkten entsteht (Zahnlack, Baum- wolle, Wolle usw.), die Lungen und erleichtert den Tuberkulosezellen die Ansiedelung. Auffallend ist, daß bei Steinwerkzeugen, die ja am meisten Staub abgeben, deren Lungenerkrankung oft infolge dessen schwach

WELTSCHAU

Der Kampf in den Bahnwerkstätten Amerikas

Die 25 Kohlen- und Bahnkönige

Seit dem 4. Juli ruht die Arbeit in den Bahnwerkstätten der Vereinigten Staaten. Die Streikenden verteilen sich auf neun Gewerkschaften, wovon sechs der Metallindustrie angehören.

Ursache und Ziel des Ausstandes nichtamerikanischen Lesern in kurzen Sätzen verständlich zu machen, hat seine Schwierigkeit. Unsere in den Bahnwerkstätten beschäftigten Kollegen hinkten von jeder mit ihren Arbeitsbedingungen hinter den in den anderen Betrieben Tätigen zwei.

Nach einer amtlichen Aufstellung sind zurzeit mindestens 1400 Dollar für den ledigen und mindestens 1800 Dollar für den Familienvater mit drei Kindern im Jahr nötig zur Bestreitung der Unterhaltungsmittel, die dem (proletarischen) Lebensstandard Amerikas entspricht.

Nun soll nach einer gesetzlichen Bestimmung der (vom Arbeitsamt festgesetzte) Lohn der Bahnangestellten „gerecht und auskömmlich“ (juste and reasonable) sein. Diese Vorschrift hieß die Bahnangestellten Vorbeugungsmaßnahmen treffen.

Die Tuberkulose ist verhältnismäßig selten Tuberkulose der Lungen vorzuziehen. Hier liegen die Ursachen vor, die uns erst die Gewerkschaften klären lassen.

Dieser Hinweis genügt, um die Tuberkulose in erster Linie als Krankheit der sozialen Verhältnisse zu charakterisieren, in zweiter Linie aber auch als Gewerkschaftsfrage, bei deren Enttarnung die fast alle Stände eine wichtige Rolle spielt.

Abstrahieren haben; wie aus den neuesten aus Amerika eingetroffenen Zeitungen, die von den letzten Zuständen stammen, zu ersehen ist, auch die Bahnangestellten keinerlei Interesse mehr an der Erhaltung des Arbeitsamtes.

Der Streik der Werkstättenleute steht in mehr als einer Hinsicht in enger Verbindung mit dem Ausstand der Kohlenarbeiter. Es sind, wie der Unterhausabgeordnete Bromie einmal mehr attennmäßig darlegt, 25 Finanzmagnaten, die fast das gesamte Verkehrsnetz Amerikas (82 vom Hundert der Bahnlänge oder 211280 Meilen) besitzen.

Das hohe Ziel des Faschismus

Der Generalstreik in Italien ist schon nach kurzen Tagen beendet worden. Was wir vorige Woche an dieser Stelle sagten, daß mit gekürzten Armeern der faschistische Welt nicht mehr beizukommen sei, hat sich als richtig erwiesen.

Es war sehr verfehlt, den Faschismus nur als eine inneritalienische Angelegenheit zu betrachten. Zwar ist es ziemlich in allen kriegsbereiten Ländern eine ähnliche Bewegung vorhanden.

Die Sozialisten misserfahren sich dem Plane. Sie wenden sich gegen die Militarisierung des Landes, bekämpfen die planmäßige Vorbereitung eines Abenteuers, dessen Ende, wie es auch sei, die Arbeiterklasse noch geschwächerter, noch geschwächter finden wird.

Die geistigen Väter und Anhänger des Faschismus sind die Großgrundbesitzer und Großindustriellen. Diese glauben, das höchste Interesse daran zu haben, daß die nationalfaschistischen Verbände bei Verstand und Mordlust gehalten bleiben.

durch Eroberung von Kohlflozquellen und andern Verwertungs-möglichkeiten profitieren. Nach alledem ist es verständlich, warum die Großgrundbesitzer und Industriellen die faschistischen Verbände freigebig mit Mitteln versorgen.

Verbandsstag der Berg- und Metallarbeiter Lugemburgs

Der 4. Verbandsstag des Lugemburger Bruderverbandes fand am 22. und 23. Juli in dem nahe an der französischen Grenze gelegenen Industriestädtchen Mümlingen statt. Bräderliche Vertreter waren von Belgien, Frankreich, der Schweiz und Deutschland herbeigekommen.

Schweden

Der Metallindustriearbeiter-Verband im Jahre 1921

Die Krise, unter der die Länder mit hoher Wäslula zu leiden haben, machte sich in der schwedischen Metallindustrie zuerst im September 1920 bemerkbar. Damals waren 1,93 v. H. der Mitglieder des Schwedischen Metallindustriearbeiter-Verbandes arbeitslos.

In der Mitgliederzahl trat im Laufe des Jahres eine Minderung ein, nachdem sie seit dem Jahre 1912 ununterbrochen gestiegen war. Am Anfang des Jahres betrug sie 69 786 und am Ende 62 357.

Der Geschäftslage entsprach auch die Art der Bewegungen, die der Verband zu führen hatte. Der Werkstättenverein, die Hauptorganisation der Industriellen, benutzte selbstverständlich die Krise zu Versuchen, die Löhne zurückzuführen.

Wie sehr unsere schwedischen Kollegen vom Arbeitsmangel heimgegriffen wurden, geht auch daraus hervor, daß 2 088 134 Wochenlöhne bezahlt wurden, daneben aber für 1 224 956 Beitragswochen freitempel verabschiedet werden mußten.

In den Schmiedebetrieben Stockholms

hatten die Unternehmer am 20. Debr. 1920 den bis zum 1. April 1921 laufender Vertrag gelündigt, ohne jedoch die in Schweden allgemein gültige, in den meisten Fällen auch vertraglich festgesetzte Regel zu befolgen, wonach die kündigende Vertragspartei der Kündigung einen neuen Vertragsentwurf belegen muß.

